

Wilsdruffer Tageblatt

Verantwortlicher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postcheckkonto Dresden 2640

Original-Wald mit Übernahme der Eins- und Festlage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugpreis bei Entschädigung monatlich 5 Mk., nach unsere Anträge zugehört in der Stadt monatlich 5,50 Mk., auf dem Lande 5,65 Mk., nach die Post bezogen monatlich 12,25 Mk. mit Zustellungsgebühr. Alle Postämter und Postboten sowie unsere Anträge und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen bei der Zeitung keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises.



Interimspreis 1,50 Mk. für die 6-spaltige Kopfzeile oder deren Raum, Nebenraum, die 2-spaltige Kopfzeile 5,50 Mk. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlass. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2-spaltige Kopfzeile 4,50 Mk. Nachweisungs-Gebühr 50 Pfg. Anzeigenannahme bis zum Mittag 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Nachdruck ist strafbar, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Bässig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 259.

Sonnabend den 5. November 1921.

80. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Krüppel-, Mutter- und Tuberkulosenberatungsstelle.

Nächste Sprechstunde Sonnabend den 12. November 1921 nachmittags 5 Uhr im Sprechzimmer des Herrn Sanitätsrat Dr. Bartky, Wilsdruff, am 3. November 1921.

Kleine Anzeigen

haben im „Wilsdruffer Tageblatt“, das einen weitverbreiteten u. kaufkräftigen Leserkreis besitzt, große Wirkung

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Die Deutsche Volkspartei fordert die Errichtung der großen Koalition in Preußen.
- * An der Berliner Börse erreichte der Dollar am Donnerstag den noch nie dagewesenen Stand von 215. Dann trat wieder eine leichte Abschwächung ein.
- * In Berlin droht ein Generalstreik auf Grund des Eingreifens der Gewerkschaftskommission in den Streik der Gas- und Wasserwerke.
- * Der ungarischen Nationalversammlung wurde ein Gesetzentwurf vorgelegt, der die Entthronung der Habsburger auspricht.
- * Präsident Harding will den Völkerverbund durch eine „freiwillige Gesellschaft der Nationen“ ersetzen und will der Washingtoner Konferenz regelmäßige Zusammenkünfte folgen lassen.

Ausverkauf!

Überall wohin man kommt in Deutschland, überall sieht man auf Ausländer, deren gute Laune nicht zu übersehen ist. Noch niemals haben sie sich in unserer Mitte so wohl gefühlt wie jetzt, wo der ungeheuerliche und täglich immer unglücklicher werdende Tiefstand der deutschen Mark ihnen hier ein Leben wie Gott in Frankreich ermöglicht. Aber sie denken nicht nur an den Augenblick, sie versorgen sich auch mit allen Notwendigkeiten des persönlichen und häuslichen Bedarfs, der heimischen Wirtschaft und des heimischen Geschäfts, soweit die Vorräte nur reichen, unbesorgt darum, wie und unter welchen Fracht- und Zollspesen sie diese so ergötterten Herrlichkeiten in Sicherheit bringen könnten. An den Grenzen des Reiches, im Westen, im Süden, ist diese unheimliche Bewegung schon seit Wochen und Monaten im Gange; nach und nach aber ist sie auch in alle tiefergelegene große Geschäfts- und Fabrikstädte vorgebrochen. Der so durch sie selbst mitbewirkten weiteren sprunghaften Steigerung aller Preise spotten diese valutastarken Käufer als einer Erscheinung, die ihnen gar nichts anhaben kann. Die Warenbesitzer aber leben ihrem Treiben mit einem heiteren, einem nassen Auge zu; denn können sie auch heute Preise erzielen, die ihre Papiergeldtaschen füllt bis zum Hals, so wissen sie doch nicht, was morgen geschehen soll, wenn die Warenvorräte zu Ende gegangen sind. Schließlich haben sie auch mit der zunehmenden Erregung der deutschen Verbraucher zu rechnen, die bei aller Einschränkung, die sie sich auferlegen, als Käufer doch ein Faktor von besonderer Bedeutung sind und bleiben, während die Fremden heute kommen und morgen gehen, ohne sich um das Schicksal der deutschen Gesamtwirtschaft auch nur im mindesten zu kümmern.

Man half sich insbesondere im Rheinland zunächst aus eigener Kraft, so gut es ging, indem man gewisse Beschränkungen im Verkauf und gewisse Zuschläge auf die Preise vorschrieb. Der Anfang nahm indessen trotzdem immer größeren Umfang an, so daß schließlich auch die zentralen Landes- und Reichsbehörden genötigt waren, einzugreifen. So sind jetzt Ausführerbeschränkungen für den Warenverkehr zwischen den Grenzbezirken, die erst Anfang April bewilligt wurden, wieder zurückgenommen worden; ferner hat der Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligungen seine Ermächtigung an die Zollstellen, nach der eine größere Reihe von Waren allgemein zur Ausfuhr zugelassen war, für den Keinen Grenzverkehr gleichfalls außer Kraft gesetzt. Auch sollen Sammelausfuhrbewilligungen zugunsten bestimmter Ladengeschäfte in Grenzstädten, soweit nötig, zurückgenommen werden, und schließlich sind sogar für bestimmte Städte und Warengruppen Ausfuhrverbote ergangen. Darüber hinaus will das Reichsfinanzministerium durch sofortige Verstärkung der Grenzüberwachung der zunehmenden Warenverschleppung vorbeugen, und endlich ist jetzt sogar die Ausfuhr von Gegenständen des täglichen Bedarfs auch im Reiseverkehr, ganz allgemein, von einer Ausfuhrbewilligung abhängig gemacht worden. So glaubt man die inländische Bevölkerung vor einer sich immer weiter fortsetzenden Ausbeutung des Tiefstandes der deutschen Mark durch reisende Ausländer wirksamer als bisher schützen zu können. All diese Maßnahmen sind gewiss ganz dankenswert, aber sie kommen in der Hauptsache wohl doch zu spät. Man braucht sich nur in großen Warenhäusern etwas umzusehen, um zu erkennen, wie sehr hier die Bestände schon durch den Ausverkauf der letzten Wochen gelichtet worden sind. Und ob die Preise zurückgehen oder auch nur nicht weiter steigen werden, wenn die ausländischen Käufer zu größerer Vorsicht gezwungen werden, ist auch noch sehr die Frage, solange der Dollar und der Sterlina

wetter Tag für Tag in die Höhe klettern und die Mark dementsprechend immer hoffnungsloser fällt. Dieser Prozeß muß auch die inländischen Käufer über ihren Bedarf hinaus zu Warenkäufen reizen, und niemand vermag zu sagen, wie bei diesem Stande der Dinge die unheilvolle Entwicklung, in der wir dahintreiben, gestoppt werden könnte.

Eigenartig berührt uns unter diesen Umständen eine Meldung aus London, der zufolge dort über eine große Einfuhr von deutschen Kartoffeln geklagt wird. Sie sollen ausnehmend aus Holland kommen, in Wahrheit aber aus Deutschland stammen und den Umweg nur machen, um den Extracinschlag von 33 1/2 Prozent zu sparen. Eine Behauptung, die selbstverständlich von deutscher Seite dringender Aufklärung bedarf, schon deshalb, weil sie allen amtlichen deutschen Erklärungen über die Verhinderung von Kartoffelverkäufen ins Ausland schmerzhaft zuwiderläuft. Es wäre aber gewiß nicht das erste Mal, wenn deutsche Lebensmittel, die im Inlande dringend gebraucht werden, auf unstatthafte Weise, um höheren Gewinnes willen, über die Grenzen verschoben werden. Man wird begreifen, daß darin ganz gewiß kein hinreichender Entgelt für den übermäßigen Einkauf deutscher Waren durch Ausländer innerhalb unserer eigenen Grenzen erblickt werden kann.

Kartoffeln und Urnehmfahrten in Mitteldeutschland.

Der Oberpräsident der Provinz Sachsen, Harsing, erklärt einen Aufruf, in dem er auf die mangelhafte Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln und die das Maß übersteigende Preisbildung hinweist. Vorkehrungen nach dem besetzten Gebiet und dem Ausland, sowie abschließendes Zurückhalten mit dem Hinblick auf weitere Preissteigerungen seien dabei nicht zu verkennen. Mit allen Mitteln müsse dahin gestrebt werden, daß möglichst schnell und in genügenden Mengen Kartoffeln der vertrauenswürdigen Bevölkerung zugeführt werden, wenn erste Urnahmen und Gewaltmaßnahmen schmerzlicher Art seitens der Verzehrenden vermieden werden sollten. Sichere Nachrichten über drohende Urnahmen lagen vor. Der Oberpräsident richtet das dringende Ersuchen um vorbeugende Maßnahmen an die Landwirtschaftskammern. Im Zusammenhang mit diesem Aufruf werden Meldungen über zunehmende Unzuverlässigkeiten, Hausdurchsuchungen, Waffenbeschlagnahmen und Verhaftungen von Kommunisten im mitteldeutschen Gebiet, so besonders in Eisenberg, Halle und Umgebung.

Absichtsvolle Schauerwägen.

Der neue deutsche U-Bootkrieg! In einigen französischen und belgischen Zeitungen fällt neuerdings die Wiederholung von Nachrichten auf, nach denen man angeblich ganz genau erfahren haben will, daß in Deutschland ganz im geheimen neue Kriegsbatterien betrieben werden. Vor allem habe Deutschland in den neutralen Ländern zahlreiche U-Boote in Auftrag gegeben und hoffe, in drei Jahren so weit zu sein, daß es innerhalb 14 Tagen 51 U-Boote in der Baltischen Meer, 12 in der Nordsee, 20 in Ostbaltar und etwa 20 in den südamerikanischen Gewässern in Betrieb nehmen könne.

Ferner weiß man zu erzählen, daß auch für den Krieg in der Luft große Vorbereitungen getroffen würden, und damit der Krieg zu Lande nicht zu kurz kommt, wird speziell von Dichtungen behauptet, daß dieses ganze Land nur noch eine einzige Kaserne sei. Alle Junker seien Offiziere, alle Bauern Soldaten, alle Angestellten Gendarme. Oberpräsident Siehr sei nur eine Puppe in den Händen der Junker. Der Pariser „Le Temps“ nennt sogar den ehemaligen Straßburger Bürgermeister Schwander als Triebfeder der nationalistischen Propaganda.

Je mehr solche Schauerwägen mit Einzelangaben ausgestattet werden, um so mehr erwecken sie natürlich den Anschein der Wahrheit. In Wirklichkeit handelt es sich selbstredend um phantastische Erfindungen, die aber einen wohlbedachten doppelten Zweck haben. Einerseits braucht sowohl die französische wie die belgische Regierung diese Schreckchiffres als Abwehrmittel gegen die für die Abrüstung eintretenden Sozialisten im eigenen Lande, andererseits wollen die beiden militärischen Regierungen mit diesem „Material“ auf der Washingtoner Abrüstungskonferenz, die ihnen im Grunde viel Unbehagen verursacht, Minen legen. Deutschland ist wieder einmal gerade gut genug dazu, um aus seiner Haut Kriemen zu schneiden.

Zahlungsfrist für Deutschland verlangt.

Amerikanisches Moratorium für die europäischen Staaten. In den Vereinigten Staaten von Amerika mehren sich die Stimmen, welche die von jedem vernünftigen Polit-

ter längst erkannte Gefahr eines vollständigen Zusammenbruchs der Weltwirtschaft nicht mehr verschleiern. Sie geben offen zu, daß der drohende Ruin Deutschlands eine Katastrophe von unbeschreiblicher internationaler Tragweite nach sich ziehen könnte. Der zweite Vizepräsident der amerikanischen Firma Marshall Field u. Co., Simpson in Chicago, erklärte dem Vertreter der europäischen Ausgabe des „Newport Herald“, die einzige Möglichkeit für Europa, die amerikanischen Rohmaterialien zu bezahlen, sei die Bezahlung durch Ware. Nach Simpsons Ansicht ist es weit weniger notwendig, daß die fremden Nationen ihre Schulden an Amerika bezahlen, als daß in Amerika für jedermann in Industrie und Landwirtschaft Arbeit geschaffen werde. Durch die verschleppte Liquidation des Kongresses seit dem Waffensstillstand sei Amerika nach und nach aller Vorteile verlustig gegangen, die es früher aus seiner Ausfuhr gezogen habe. Simpson verlangt vom Kongress den schleunigen Erlaß eines Moratoriums von 10 bis 15 Jahren für alle Schulden europäischer Nationen in Amerika und fordert ferner, daß die Gläubigerstaaten, denen dieses Moratorium gewährt werde, dafür andererseits den finanziellen Druck auf Deutschland für einen gleichen Zeitraum unterlassen sollen. Wenn diese Gesetze und die finanziellen Wiederherstellungsbestimmungen herabgesetzt und den Zahlungsmöglichkeiten angepaßt würden, wenn dazu ein mächtiges Schutzsystem der Vereinigten Staaten komme, so wäre damit schon viel geschehen, um die Voraussetzungen eines besseren Währungsverhältnisses wieder herzustellen. Simpson hofft, daß der Kongress Schritte in dieser Richtung unternehmen werde. Falls jedoch etwas Derartiges nicht zustande komme, so sei der finanzielle Zusammenbruch Deutschlands voranzusehen, durch den die Regierung in die Hände von Unverantwortlichen fallen würde, eine Möglichkeit, durch die Frankreich erster bedroht werden würde, als es durch deutsche Heere bedroht werden könnte.

Keine Rettung ohne Zusammenwirken.

In einer Versammlung des „Roten Kreuzes“ in Newport, die sich mit der begonnenen Drei-Billionen-Dollar-Sammlung für die Rotkrieger in Deutschland und Österreich befaßte, wurde ein an den Vorsitzenden Charles Nagel, früheren Handelsminister der Vereinigten Staaten, gerichteter Brief des Präsidenten Harding verlesen, in dem er die Bemühungen zur Wiederherstellung wechselseitigen Wohlwollens zwischen Amerika und Deutschland und Österreich herzlich begrüßt. Herr Nagel sagte dann, Lloyd Georges Worte: „Großbritannien kann nicht geteilt werden, ohne daß alle zusammen wirken“, müsse er erweitern dahin: „Die Welt kann nicht geteilt werden, ohne daß alle Völker zusammenwirken.“ Clement Diddle, eben von Deutschland zurückgekehrt, erklärte sein Bedauern, daß Deutschland auf der Washingtoner Konferenz nicht vertreten sei, und drückte seine Befürchtung aus über die Zukunft Deutschlands und der Welt, falls nicht die Schadenersatzverpflichtungen Deutschlands sofort ermäßigt würden.

Werden Mörder ausgeliefert?

Zur Verhaftung der spanischen Attentäter. Durch die Ergreifung der Mörder des spanischen Ministerpräsidenten Dato, die der Berliner Polizei geglikt ist, wird wieder die Frage der Auslieferung von Verbrechen an einen anderen Staat aufgerollt. Für die Behandlung solcher Fälle sind die noch zum Teil aus der Vorkriegszeit stammenden Verträge zwischen den einzelnen Staaten maßgebend. So existiert z. B. ein Vertrag vom Jahre 1878 zwischen Deutschland und Spanien, wonach bestimmte Arten von Verbrechen, in erster Linie Mörder, gegenseitig auszuliefern sind. Eingekläut wird diese Bestimmung dadurch, daß wegen „politischer“ Verbrechen nicht ausgeliefert wird. Diese Einschränkung erleidet aber wieder eine Ausnahme dadurch, daß Angriffe gegen ein „Staatsoberhaupt“ zur Auslieferung verpflichten.

Im vorliegenden Falle handelt es sich um die Frage, ob Ministerpräsident Dato als Staatsoberhaupt anzusehen ist, da man darunter eigentlich nur Monarchen oder Staatspräsidenten versteht. Diese Frage wird vom preussischen Justizministerium zu prüfen sein. Auch ist zu untersuchen, ob der Mord an Dato ein rein „politisches“ Verbrechen war. Bisher hat die spanische Regierung überhaupt noch keinen Auslieferungsantrag gestellt. Sollte das binnen zwei Monaten nicht geschehen, so würde man nach der üblichen Praxis die Verhafteten